

## Netz-Teil

Anke und Daniel Domscheit-Berg

# Gar nicht stubenrein



ILLUSTRATION: CAROLIN EITEL, AUTORENBILD: CHRISTIAN VAGT

In der vergangenen Woche war es mal wieder so weit. Aus Regierungskreisen wurde irgendwie bekannt, dass ein Angriff auf das Verwaltungsnetzwerk der deutschen Bundesregierung erfolgreich war. Die Information darüber wurde nicht, wie man es hätte erwarten können, über eine Pressekonferenz mitgeteilt, sondern sie sickerte irgendwie durch. Ein Informationsleck über das Sicherheitsleck – so kamen die Neuigkeiten in die Medien. Nun beklage ich mich nicht, aber Anke fragte sich, so wie einige andere Abgeordnete, wieso nicht mal der Bundestag darüber informiert worden war. Gute Informationspolitik sieht wirklich anders aus. Auch beim bisher letzten erfolgreichen Angriff auf staatliche Stellen in Deutschland, damals auf den Deutschen Bundestag, ließ die Informationspolitik arg zu wünschen übrig. Statt einer transparenten Aufklärung gab es viele Ausflüchte, und, wie dieser Tage auch, Beteuerungen, dass die Lage vollständig im Griff sei. Es blieb ein bitterer Beigeschmack, der kommt jetzt wieder hoch, und mit jedem Detail, das nun irgendwie einen Weg an die Öffentlichkeit findet, schmeckt es bitterer. Seit 2016 trieben die Hacker ihr Unwesen im Verwaltungsnetz. Wo genau sie sich rumgetrieben haben, könne keiner so genau sagen, es wurde gemunkelt, das Auswärtige Amt und eventuell das Verteidigungsministerium

seien angegriffen worden. Fest stünde, dass die Angreifer, anders als im Fall des Bundestagsangriffes, keine großen Datenmengen exfiltriert hätten, weshalb es nicht gleich aufgefallen sei. Ganz behutsam seien sie vorgegangen und so unter dem Radar geblieben. Die Situation sei längst unter Kontrolle, der Angriff zwar noch andauernd, aber isoliert.

Mittlerweile sind mehr Details bekannt – oder, sagen wir, es tauchen mehr Details in den Medien auf. Bei allen Versuchen der Bundesregierung zu beschwichtigen, zeichnet sich doch ein fatales Bild ab. Dass nur eine einstellige Zahl von Dokumenten



*Hier schreiben Anke und Daniel Domscheit-Berg, zwei notorische Netzaktivisten, Weltverbesserer, Start-up-Unternehmer und Gemüsebauern, jede Woche über die Welt – digital wie analog, vor allem aber über die Schnittstelle von beidem.*

geklaut worden sei, sollte an dieser Stelle niemanden mehr beruhigen. Der Fall, vom technischen Versagen bis zur Kommunikationsstrategie, ist ein Musterbeispiel dafür, wie man es nicht machen sollte. Schon vor knapp zwei Jahren haben die Angreifer wohl erfolgreich Schadsoftware in eine interne Lernplattform der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung eingeschleust und damit ganz gezielt Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes über deren Weiterbildungsunterlagen angegriffen. So sind wohl Rechner initial infiziert worden. Um die Kommunikation mit solcher Schadsoftware zu ermöglichen, bediente man sich offenbar eines Outlook-E-Mail-servers. Über diesen wurden E-Mails mit Anhängen an die infizierten Rechner geschickt. Die Schadsoftware überwachte das Postfach auf entsprechende Mails und zog dann weitere Instruktionen aus den Anhängen. So weit die Rekonstruktion in groben Zügen.

Was bleibt, ist immer noch ein Haufen Spekulation und die Erkenntnis, dass da wohl Leute am Werk waren, die wussten, was sie tun, während das bei der anderen Seite wohl nicht ganz so war. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik untersucht den Fall weiter, und alle sind darauf bedacht, ein Gefühl von Kontrolle und Sicherheit zu vermitteln. Diese Sicherheit kann es so allerdings gar nicht geben. Es ist nicht möglich, ein 100

Prozent sicheres Netz zu schaffen, dafür ist die Landschaft einfach zu komplex, sind die Systeme zu intransparent und oft gar nicht überprüfbar. Mindestens aber muss man Rechenschaft darüber ablegen können, wie gut das hinter einer Infrastruktur stehende Konzept war und wie gut es umgesetzt wurde. Diese Art von Aufarbeitung ist nötig, um aus Fehlern zu lernen. Und sie ist auch nötig gegenüber der Öffentlichkeit, da es sich eben nicht um ein x-beliebiges Netz handelt, denn wir sprechen von einem Angriff auf die Vertreter unseres Volkes. Es wäre also an der Zeit, hier mal etwas transparenter zu werden. Wer gehackt wird, muss sich unangenehme Fragen gefallen lassen, so ist das nun mal. Ich habe wenig Hoffnung, dass die Regierung diese Verpflichtung für sich selbst sieht. Rechenschaft gegenüber dem Volk scheint keine Stärke der aktuellen politischen Landschaft zu sein.

Und so sucht man aktuell wohl lieber die undichte Stelle, die die Presse informiert hat, oder diskutiert heiß darüber, ob die Regierung nicht auch mal zurückschlagen dürfe. Beide Diskussionen sind so überflüssig wie unangebracht. Weder eine Jagd auf den Überbringer schlechter Nachrichten bringt irgendjemanden weiter noch der Versuch, mit den großen Hunden pinkeln zu gehen, wenn man gerade unter Beweis gestellt hat, dass man selbst noch nicht stubenrein ist.